



Pressemitteilung

22.12.2023

Worauf sollen wir aufbauen? - Landwirtschaftliche Jugendverbände fordern realitätsnahe Politik und Planungssicherheit

Die landwirtschaftlichen Jugendverbände Junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bündnis Junge Landwirtschaft und die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands stellen klar, dass die aktuellen Beschlüsse zur Streichung von Agrardieselrückvergütung und Kfz-Steuerbefreiung ein Schlag ins Gesicht sind. Angesichts der niedrigen Erzeugerpreise trifft eine zusätzliche finanzielle Belastung besonders kleinere Betriebe hart.

„Ganz ehrlich, für mich steht Klimaschutz nicht zur Debatte. Als Junglandwirt*innen haben wir ein großes Interesse am Klimaschutz, aber der Diesel, den wir verbrauchen, wird nicht weniger durch diesen Beschluss, sondern nur teurer. Darum verfehlt der Beschluss sein Ziel. Der Umbau zu einer klimafreundlicheren Landwirtschaft darf nicht auf Kosten bäuerlicher Betriebe geschehen, die gerade von der zusätzlichen Kfz-Steuer besonders stark getroffen würden. Ich verstehe nicht, dass der äußerst systemrelevante Sektor Landwirtschaft gleich für zwei drastischen Einsparungen ausgewählt wird, während eine Kerosinsteuer für Flugverkehr, das Dienstwagenprivileg und die Einführung einer Vermögenssteuer unangetastet bleiben.“ urteilt Junglandwirtin Evelyn Laux.

Gerade Junglandwirt*innen stehen vor massiven Herausforderungen beim Aufbau einer eigenen landwirtschaftlichen Existenz: Die Kapitalintensität ist hoch, auf dem Bodenmarkt stehen sie außerlandwirtschaftlichen Investoren gegenüber und die Erzeugerpreise sanken dieses Jahr, während die Produktionskosten gestiegen sind. Die hohe Altersstruktur in der Landwirtschaft zeigt, dass die Förderung von Junglandwirt*innen für den Fortbestand einer vielfältigen Agrarstruktur unabdingbar ist.

„Unter diesen Marktbedingungen und innerhalb des aktuellen globalen Agrarsystems können wir unserer Verantwortung ohne staatliche Unterstützung und ein klares Bekenntnis zur regionalen bäuerlichen Landwirtschaft nicht gerecht werden. Ich möchte eine Existenz in der Landwirtschaft gründen, regionale Lebensmittel erzeugen und Leistungen für das Gemeinwohl erbringen. Dafür braucht es zielgerichtete politische Entscheidungen, die mit uns betroffenen Bäuer*innen abgestimmt werden. Mit Beteiligung und Sachverstand, statt über unsere Köpfe hinweg“ sagt Junglandwirtin Maria Natt.

Die Jugendverbände betonen, dass sie gerade jetzt einen demokratischen und überlegten Umgang mit der Situation fordern und sich klar gegen populistische Hetze stellen. Die Regierung muss die unverantwortlichen Kürzungen zurücknehmen und die politischen Rahmenbedingungen für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft schaffen.

Kontakte für die Presse:

Bernadette Gundlach, Landwirtin, junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
presse@junge-abl.de